

Wortprotokoll zu TOP 13, 15, 25 a, b und c

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

88. Sitzung
14. April 2021

Beginn: 12.04 Uhr
Schluss: 18.11 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD);
zeitweise Andreas Statzkowski (CDU)

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf

Punkt 13 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzl – ZS B 11 – vom 05.11.2020
**Deutsche Film- und Fernsehakademie Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
hier: Wirtschaftsplan 2021**
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 87. Sitzung am 17.03.2021 vertagt)

[3253](#)
Haupt

Gibt es Wortmeldungen? – Frau Meister, dann Herr Goiny. – Bitte!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! Dies ist insofern eine interessante Vorlage, als dass sich in dem Wirtschaftsplan der Deutschen Film- und Fernsehakademie unter V. unten bei „Erträge“ auch schon eine Zuwendung findet für den Umzug nach Tempelhof. Ich glaube ja insgesamt, dass das eine gute Idee ist, ich kann mich nur gar nicht erinnern, dass das einmal irgendwo beschlossen worden ist. Jetzt mag es nur an mir vorübergezogen sein, weil wir die Tempelhof Projekt GmbH immer wieder geschoben haben. – Wenn Sie mir vielleicht einmal erklären könnten, wie die Beschlusslage über die Nutzung von Tempelhof jetzt ist, dann wäre ich Ihnen dankbar.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Das ist in der Tat der spannende Punkt. Wir werden uns ohnehin über die Frage, wo diese doch sehr renommierte Einrichtung künftig ist, in absehbarer Zeit Gedanken machen müssen, weil der Mietvertrag ausläuft – a) ist dieser teuer, b) sind die räumlichen Verhältnisse dort auch nicht optimal für diese Hochschule. Insofern macht es Sinn, zu schauen, ob man diese in einer landeseigenen Immobilie unterbringen kann, um entsprechend die Mietkosten zu reduzieren. Wir hatten das – Herr Staatssekretär – neulich auch im Medienausschuss diskutiert. In der Tat spricht vieles dafür, die DFFB in Tempelhof unterzubringen.

Vielleicht macht es auch Sinn, diesen Wirtschaftsplan zum Anlass zu nehmen, uns im Hauptausschuss insgesamt einen abgestimmten Vorschlag des Senats zu unterbreiten, möglichst auch noch vor der Sommerpause. Vielleicht können Sie sagen, bis wann so etwas möglich wäre. Denn in der Tat müssten wir uns dann natürlich darauf verständigen, was und wie das finanziert werden soll. Es gibt ja eine entsprechende Konzeption vonseiten der Hochschule. Insofern ist das ein relevantes Thema, mit dem wir uns vielleicht noch auf der Zielgeraden dieser Wahlperiode hier befassen sollten, einfach weil das einen gewissen Vorlauf braucht, man dazu auch eine gewisse Planungssicherheit braucht und eine Perspektive für den kommenden Doppelhaushalt wenigstens mitdiskutieren müsste. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Zur Beantwortung bitte Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Wollen wir die Frage von Herrn Zillich noch hinzunehmen?

Vorsitzende Franziska Becker: Gerne! – Herr Zillich! Es ist Ihnen angeboten.

Steffen Zillich (LINKE): Danke! – Ich wollte nur eine Selbstverständlichkeit formulieren: Über eine Festlegung in einem Wirtschaftsplan einer – zweifellos sehr renommierten – Einrichtung wird sicherlich nicht über die Zukunft der Investitionen in Tempelhof entschieden.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Darin sind wir uns völlig einig. Das würden wir gerade als Senatskanzlei auch nicht versuchen, ganz abgesehen davon, dass wir damit bei den Kollegen dort drüben schon scheitern würden – und die haben diese Vorlage ja mitgezeichnet. – Nein, im Ernst: Wir haben bei der DFFB die bekannte Problematik, dass zum einen die Räumlichkeiten nicht optimal und nicht ausreichend sind und zum anderen der Mietvertrag 2025 ausläuft und auch nicht die günstigsten Konditionen hat, um es einmal vorsichtig zu sagen. Der neue Eigentümer des Sony Centers erweckt auch eher den Eindruck, dass er noch etwas draufschlagen will, als dass er uns irgendwie entgegenkommt. Da wird es noch Gespräche geben, auch, um einfach einen Spielraum zu haben, falls 2025 nicht punktgenau erreichbar ist.

Wir als Senatskanzlei haben uns aber natürlich zusammen mit der DFFB Überlegungen gemacht, was mögliche Alternativen sind, und haben den Grundsatzbeschluss des Senats, dass Tempelhof auch für kreative, kulturelle, Mediennutzung Raum bieten soll, zum Anlass genommen, zu sagen: Wäre das nicht eine Variante? – Wir haben uns dazu auch mit den ande-

ren Beteiligten, auch mit der Kulturverwaltung, die dort auch Interesse an bestimmten Räumen und Flächen hatte, abgestimmt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass der Hangar 5 eine mögliche Variante wäre, die durch eine Machbarkeitsstudie geprüft wird, die von Tempelhof Projekt und der DFFB – Letzteres mit Unterstützung der Senatskanzlei – finanziert worden ist.

Was hier im Wirtschaftsplan steht, das sind tatsächlich die Zuwendungen für die Vorbereitung eines möglichen – dieses Wort fehlt dort vielleicht noch – Umzugs, um einfach die Voraussetzungen zu klären, zum einen durch diese Machbarkeitsstudie, zum anderen auch, um jetzt schon einmal im Vorgriff eine Bedarfsplanung aufzustellen. Auch dazu haben wir die Zustimmung der Finanzverwaltung bekommen, und wir sind der Auffassung, dass es sinnvoll ist, hier die Voraussetzungen klarer zu machen, weil nicht zuletzt Sie am Ende fragen werden: Rechnet sich das wirklich? Was für ein Aufwand ist damit verbunden? Wie solide ist das, was in der Machbarkeitsstudie an finanziellem Rahmen dargestellt wird? – Womit Sie natürlich recht haben: Das muss dann auch als Gesamtkonzept hier vorgestellt werden. Wir waren aber der Auffassung, dass der Betrag, den wir jetzt hier aus unseren Mitteln in der Haushaltswirtschaft zur Verfügung stellen werden – 150 000 Euro –, eine vertretbare Investition ist, um zu sehen, ob das am Ende in dem Umfang und an der Stelle realisierbar ist oder nicht. Wir wollten eben vermeiden, dass es am Ende zulasten der anderen Aufgaben der DFFB geht, wenn das sozusagen aus dem eigenen Haushalt finanziert werden muss. Das war auch der Wunsch aus der DFFB, und das ist, glaube ich, an der Stelle auch nachvollziehbar.

Natürlich, das ist kein Geheimnis, haben wir zum einen die Investitionskosten für eine Bereitstellung, eine Nutzbarmachung für die DFFB. Zum anderen bringt Tempelhof Projekt bestimmte Rahmendaten, wo eben Gesamtkosten für die Sanierung der Hülle, also der ganzen Hangargebäude geltend gemacht werden. Im Senat muss noch abschließend geklärt werden, in welchem Umfang das wann wirklich erforderlich ist. Aus meiner bescheidenen Verkehrsengeieurssicht heraus glaube ich nicht, dass man erst das gesamte Gebäude hüllensanieren muss, bevor man dort die DFFB einziehen lassen kann. Da müssen die Beteiligten auch aufpassen, dass sie nicht Maximalforderungen stellen, die am Ende nicht untersetzbar sind. Richtig ist natürlich, dass das am Ende zusammenpassen muss und man jetzt nicht sagt, wir bauen dort etwas hinein und stellen hinterher fest, außenherum ist aber alles so schadhaft, dass das dann doch nicht genutzt werden kann. Das ist richtig.

Diese Abstimmung zwischen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Senatskanzlei und Finanzverwaltung läuft. Ich hoffe, dass wir bald zu einer Klärung kommen, die sich dann auch möglichst im Doppelhaushalt, aber zumindest in der Finanzplanung in irgendeiner Form niederschlägt – im Doppelhaushalt ist eigentlich kein direktes Erfordernis, weil Baukosten ja wahrscheinlich erst frühestens 2023 anfallen werden. Insofern geht es mehr um die Planungskosten, und das haben wir jetzt zumindest für den ersten Schritt vorab geklärt, dass wir diese erst einmal zur Verfügung stellen. Das haben wir der Transparenz halber eben auch im Wirtschaftsplan ausgewiesen.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Ich bin in der Sache ganz bei Ihnen, Herr Gaebler, bei dem, was Sie ausgeführt haben, will aber noch einmal sagen: Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Einrichtung in den jetzigen Räumlichkeiten bleibt, ist vor dem Hintergrund der gerade geschilderten

Umstände nicht sehr hoch. Es ist schlau, sich jetzt damit zu beschäftigen, weil man jetzt noch beizeiten eine vernünftige Regelung finden kann. Ich glaube also nicht, dass ein Verbleib der Hochschule am jetzigen Standort am Ende wirtschaftlich Sinn machen wird.

Wir sind ja immer gut darin, solche Dinge in so große Kisten zu packen, dass sie am Ende keiner mehr heben kann. Zu meinen, wir müssten jetzt erst ein Gesamtfinanzierungskonzept und Sanierungskonzept für Tempelhof organisieren, bevor man dort irgendetwas für nur einen Hangar entscheidet, ist, glaube ich, falsch. Solch eine Debatte wie mit dem ICC wird uns mit Tempelhof auch national und international nicht durchgehen. Wenn wir den Flughafen über die nächsten zehn, 15 Jahre einfach zu einer Ruine verfallen lassen – egal wer dann regiert –, dann bekommen wir alle ein Problem. Richtig scheint mir daher auch zu sein, dass man sich stückchenweise damit beschäftigt.

Ich persönlich glaube nicht mehr an den Umzug des Alliiertenmuseums in den Flughafen Tempelhof, auch vor dem Hintergrund der Anforderungen, die offensichtlich auf dem Tisch liegen. Das, was jetzt von der Hochschule geplant wird, scheint aber tatsächlich ein realistischer und machbarer Weg zu sein. Wenn wir uns darauf verständigen, dass wir jetzt nicht einzelne Einrichtungen und Nutzungen als Geisel dafür nehmen, dass hier der eine oder andere seine Gesamtforderungen durchdrücken möchte, dann kommen wir auch ein Stück weit voran, weil das Gebäude natürlich nie in einem Stück saniert werden kann. Das alles wird auch nicht in wenigen Jahren machbar sein, aber wir müssen uns diesem Thema mit Teilkonzepten, die Sinn machen, stufenweise nähern. Das ist wahrscheinlich ein Vorhaben, das noch viele Doppelhaushalte erleben wird, bis wir dort vorankommen. Es ist aber vielleicht gar nicht nötig – ich glaube, wenn man hier schrittweise vernünftig vorangeht, dann ist man auf einem guten Weg, dort etwas zustande zu bringen.

Wie gesagt, die DFFB ist eine wichtige Infrastruktureinrichtung für die Filmstadt Berlin, die am Ende einen großen Mehrwert für unsere Stadt insgesamt und sogar für die Region einführt. Deswegen macht es auch Sinn, dafür zu sorgen, dass ihre Möglichkeiten verbessert werden. Wenn wir dann am anderen Ende auch die sehr hohen Mietkosten am jetzigen Standort einsparen, haben wir verschiedene gute Themen zueinander gefügt. Insofern wäre meine Bitte, auch noch einmal Richtung Senat, sich mit dem Thema insoweit zu beschäftigen, dass man jetzt nicht solche Hürden aufbaut, dass man sagt: Wenn wir uns nicht insgesamt auf Tempelhof verständigt haben, machen wir gar nichts. – Die Entscheidung für die DFFB schließt, wenn man es denn am Ende wollte, eine Verwaltungsnutzung an anderer Stelle durchaus nicht aus. Dort wären verschiedene Szenarien denkbar. Ich glaube aber, dass es gut wäre, wenn man jetzt die Chance ergreifen und dieses Projekt ein Stück weit voranbringen würde. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener, danach Herr Zillich, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Ich habe mich nur gemeldet, Herr Goiny, weil Sie wirklich ein großes Talent haben – ich will nicht sagen, das Gegenteil, aber – etwas anderes zu sagen als das, was Sie sprechen. Das meine ich folgendermaßen: Wenn ich eine Sitzung und Diskussion wie die unsrige verfolgen würde aus einer – ob jetzt journalistischen oder sonstigen – Distanz heraus, dann wäre für mich die Botschaft sehr eindeutig, nämlich: Das Berliner Abgeordnetenhaus will die DFFB in Tempelhof haben. – Sie haben viele gute Gründe dafür genannt. Das fängt mit der Sympathie für diese Einrichtung an.

Das ist das Argument, dass der bisherige Standort keine Zukunft hat. Wo ich auch bei Ihnen bin, Herr Goiny, ist, zu sagen: Bevor wir die eierlegenden Wollmilchsau im Sinne des Konzepts, das jeden zufrieden stellt, haben, fangen wir doch lieber einmal an. – Völlig d'accord!

Nur ist es umgekehrt auch ein Teil des Problems, sowohl von Tempelhof wie von Berlin, dass immer Einzelprojekte gefeatured werden, bei denen es dann kommunikativ genauso rüberkommt, wie ich das gerade gesagt habe, und am Ende klappt es nicht, und dann ist wieder die übliche Zusammenfassung: Berlin kriegt es nicht hin. – Noch einmal: Ich finde, Sie haben eine ganze Reihe von guten Gründen genannt, ich will aber explizit ernst genommen wissen, was der Staatssekretär sagt. Er ist ja nicht wirklich verdächtig, große Alternativpläne zu bevorzugen, sondern ich gehe davon aus, dass er die Interessen nicht nur des Senats, sondern in diesem Fall auch, als – in Anführungszeichen – Ressortzuständiger, die der Filmstadt Berlin und dieser Einrichtung vertritt.

Mein Problem ist relativ einfach: Wir haben diese Sanierungskosten. Das ist aber nur das eine. Wir haben einfach auch Betriebskosten für dieses Gebäude, wo man sich überlegen muss, ob das wirklich so viel günstiger wird als am Potsdamer Platz. Wenn das so ist: Ja, super Sache! Ich mache aber erst einmal ein Fragezeichen. – Spätestens dann, wenn Sie auch noch sagen, Sie glauben nicht an den Einzug des Alliiertenmuseums – da bin ich übrigens völlig bei Ihnen –, ist doch das Problem markiert: Wenn Frau Grütters, die es sich leisten kann, einmal eben für eine halbe Milliarde ein Museum ans Kulturforum zu stellen, sagt: „Das ist mir zu teuer“, dann fange ich doch als kleiner Landeshaushälter an, zu überlegen: Oh Gott! Was kriegen wir da eigentlich hin? – Deswegen noch einmal: volle Unterstützung für die sachgerechten Argumente, die Sie genannt haben! Große Sympathie für die Einrichtung! Wir müssen uns dem Ganzen aber bitte unter genau den Prämissen und mit den Schritten nähern, wie das der Staatssekretär gerade gesagt hat, denn ansonsten kennen wir das Ergebnis, nämlich dass man dann, nachdem man allen möglichen Leuten lange alle möglichen Dinge – zumindest suggestiv – versprochen hat, die zumindest kommunikative Bankrotterklärung hinlegt nach dem Motto: „Funktioniert doch nicht!“, mit dem üblichen Effekt, dass man a) in der Sache nichts erreicht hat und b) angeblich einmal wieder als Berlin gescheitert ist.

Das ist mir ein Anliegen, denn wir müssen in puncto Tempelhof – ich habe es schon mehrfach gesagt – zu einer anderen Kommunikation kommen, die da heißt: Wir machen das, was dort möglich ist, und zwar so schnell, wie es möglich ist. – Auf das, was wir – ich sage das jetzt ganz bewusst auch bezogen auf die Koalition – dort in fünf Jahren hinbekommen haben, bin ich nicht stolz. Im Gegenteil: Das empfinde ich auch als eine persönliche Niederlage als Haushalts-, wie übrigens auch als Kulturpolitiker. Es nutzt aber nichts, in derselben Systematik noch einmal fünf Jahre dranzuhängen. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich, danach Frau Meister, dann Herr Goiny. – Bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Das geht vielleicht in eine ähnliche Richtung, aber es ist offensichtlich notwendig, das doch noch einmal darzustellen, um zu wissen, wo wir stehen: Es gibt bestimmt viele gute Gründe, weshalb Tempelhof eine schöne Lösung für die DFFB wäre, es gibt gleichfalls viele gute Gründe, nicht erst zu warten, bis es das Gesamtkonzept einschließlich des Finanzierungskonzeptes gäbe, mit dem dann auch alle zufrieden sind. Das ist sicherlich richtig. Es wird bestimmt auf viele gute Gründe geben, und wahrscheinlich wird es sogar alternativlos sein, Teillösungen zu versuchen.

Das Problem ist nur, dass wir an einem anderen Punkt sind: Ich halte es überhaupt nicht für gegeben, dass die derzeitigen Nutzer bei dem allein dafür notwendigen Investitionsbedarf dort dauerhaft drinbleiben können. Denn allein das ist ein Investitionsbedarf, der nach meiner überschlägigen Schätzung die Investitionshaushalte der nächsten Jahre sprengen würde. Also müssen wir erst einmal mit diesem Punkt umgehen – und natürlich haben wir das Gebäude sowieso an der Backe, das ist so –, und dann, wenn wir Klarheit haben, kann man überlegen, inwieweit es tatsächlich Sinn macht, dort Lösungen zu finden, die auch Teillösungen ermöglichen.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Vielen Dank! – Ich habe ein bisschen das Gefühl, wir drehen uns hier im Kreis. Dass der Investitionsbedarf in Tempelhof exorbitant hoch ist, ist kein Geheimnis. Er wird aber auch nicht weniger durchs Liegenlassen. Insofern haben Sie nicht ganz zu Unrecht erwähnt: Vielleicht macht es ja Sinn, irgendwo mit Teilen anzufangen; wenn man jetzt nicht sagt, wir wollen irgendetwas völlig anderes machen, also – was weiß ich –: Wir verkaufen Tempelhof nach sonst wohin. – Das ist ja Quatsch, es wird in Landeshand bleiben. Irgendwann werden wir es sanieren müssen, wenn wir nicht zuschauen wollen, wie es anfängt, zu bröckeln. Also macht es vielleicht Sinn, das in Teilen anzufangen.

Jetzt legt die Senatsverwaltung eine rote Nummer vor, bei der ich schon davon ausgehe, dass ja auch über Finanzen mitgezeichnet wurde, wo in einem Wirtschaftsplan steht: Zuwendung für die Vorbereitung des Umzugs nach Tempelhof. – Soll ich das also nicht mehr ernst nehmen, ist das jetzt irgendwie als Versuchsballon zu titulieren, oder wie darf ich das verstehen? – Wir hatten das ja vorhin mit dem genauen Lesen der Vorlagen. Jetzt haben wir es genau gelesen, jetzt ist es wieder nicht recht. Ich finde, dann darf man schon einmal nachfragen. – [Zurufe von Steffen Zillich (LINKE), Daniel Wesener (GRÜNE) und Christian Goiny (CDU)] – Im Sinne von „zwischen den Zeilen“ ist ja die Frage: Gibt es denn noch andere Standorte für die Film- und Fernsehakademie, die irgendwie präferiert werden? Das heißt: Habe ich demnächst auch andere Wirtschaftspläne, in denen sich der Hinweis findet: Umzug der Film- und Fernsehakademie in die Alte Münze, ins Haus der Statistik oder was wir sonst noch finden? – Insofern würde ich schon gerne noch einmal hören, wie die Senatsverwaltung das sieht.

Es ist ja völlig unbenommen, dass man diese Entscheidung dann später irgendwo in eine Gesamterstellung einbettet, und dass das am Ende des Tages etwas mit Kultur, Außenwirkung und Veranstaltungen zu tun haben wird, ist doch naheliegend. Die entscheidende Frage ist doch nur, dass, wenn ich mich recht erinnere, Herr Schneider dort möglichst viele Polizeibeamte unterbringen möchte und Sie ein bisschen mehr Kultur. Vielleicht kann man sich irgendwo in der Mitte zwischen Polizeiverwaltung und Kultur einigen, sodass wir dann mal vorankommen. Auch das reduziert nicht den Investitionsbedarf. Für die Polizei muss man ja auch investieren. Insofern würde ich noch einmal hören wollen, wie Herr Gaebler das jetzt genau sieht. – [Zurufe] –

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt habe ich noch Herrn Goiny. – Bitte! – Und ich bitte um Ruhe.

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Lieber Kollege Wesener! Ich habe mich daran gewöhnt, dass ich immer falsch verstanden werde, damit Sie hinterher daraus Kritikpunkte ableiten können. In dieser ganzen Rabulistik, die ich da gerade gehört habe, habe ich jetzt gar nicht verstanden, wo sozusagen in der Sache der Unterschied ist. Also: Detailprojekte können wir nicht, das ist typisch Berlin. Großprojekte können wir auch nicht, ist auch typisch Berlin. – Was machen wir denn jetzt? – Alles auf einmal sanieren können wir nicht. Bleibt ja nur, wenn man etwas machen will, einzelne Dinge zu machen. Das ist ja, so habe ich es bei vielen herausgehört, die realistischere Perspektive. Deswegen sagte ich vorhin, was Kollegin Meister dann auch gesagt hat.

Wenn man nun der Meinung ist, da soll Polizei rein, dann wahrscheinlich nicht in den Hangar 5. Dort ist sie jetzt auch nicht drin. Dann kann man ja das eine tun, ohne das andere zu lassen. Man muss nicht das eine stoppen und das andere stoppen. Wenn ich für ein Projekt eine vernünftige Nutzung habe und es jetzt ansteht, dann macht es zur Abwechslung ja einmal Sinn, sich beizeiten darum zu kümmern, bevor wir wieder eine Zeitschiene verpasst haben, es wieder so kurzfristig ist und uns die Verwaltung dann wie bei der Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie aufschreibt: Das schaffen wir erst in sieben Jahren oder so. – Dabei muss ich ja all die anderen Diskussionen nicht ausblenden.

Kollege Zillich hat völlig recht: Das werden gigantische Beträge sein, wenn man alles wirklich schick sanieren wollte. Das werden wir gar nicht mehr erleben. Aber zu sagen, wir machen jetzt erst einmal gar nichts, ist ja auch Quatsch. Wenn wir hier für einen Teilbereich eine vernünftige Lösung haben, dann lasst uns diese doch einmal anfangen! Es ist doch gar nicht schlecht, wenn jetzt sogar von der Opposition die Unterstützung für die Koalition und den Senat kommt und wir sagen: Finden wir eine gute Idee. Macht das doch! – Es macht ja auch einmal Sinn, Vorhaben in dieser Stadt auf breite politische Mehrheiten zu stellen. Man muss doch hier nicht immer nur im Konflikt Sachen entscheiden. Das hat mehrere gute Seiten: Wir zeigen damit, dass wir an bestimmten Stellen anfangen, den Verfall von Tempelhof zu stoppen. Wir suchen für diese Institution eine gute Lösung. Und am Ende – da sind wir alle Haushalter – ist es tatsächlich wirtschaftlicher, das zu machen. Natürlich ist das, wenn ich die Gesamtbetriebskosten für den Flughafen Tempelhof gegenrechne, teurer als der jetzige Standort. Wenn ich aber einmal nur für den Bereich, den die Akademie künftig mit einer entsprechend modernisierten Technik nutzen würde, die Betriebskosten gegenrechne und die Miete, die dann an Tempelhofprojekt usw. gezahlt wird, dann fahren wir damit allemal besser.

Es ist auch eine Nutzung, die zu dem Standort passt: Corona einmal weggedacht – wie viele Nutzungen von Kultur, Filmproduktionen und Ähnlichem sind dort schon gewesen und sind dort möglich? – Das ist doch tatsächlich ein idealer Standort für solch eine Einrichtung, der tatsächlich geeignet ist, Synergien zu schaffen. Von diesem schönen Begriff reden wir ja an anderer Stelle immer sehr viel. – Sehen Sie das doch einmal als Angebot zumindest meiner Oppositionsfraktion, hier nicht die Besserwisser zu sein, sondern einfach zu sagen: Wenn die Koalition auf diesem Wege unterwegs ist, finden wir das gut und möchten Sie motivieren und unterstützen, dort mutig noch in dieser Wahlperiode etwas voranzubringen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schlüsselburg!

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herr Kollege Goiny! Wir können es kurz machen. Der CdS hat zu dem Vororttermin – das hat er sehr clever ge-

macht – nicht nur die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker eingeladen, sondern auch die Berichterstatter im Hauptausschuss, weil er weiß, dass er die Investitionsmittel in absehbarer Zeit braucht, wenn dieses Neubeginnerprojekt angeschoben werden soll. Ich kann für mich persönlich sagen, dass ich den Vortrag dort und die verschiedenen Varianten mit den unterschiedlichen Investitionsbedarfen, je nach dem, für welche Variante man sich entscheiden würde, nicht unattraktiv fand. Na klar, der Hangar und das, was uns dort sozusagen mit der architektonischen und auch der fachlichen Kreativität vorgestellt wurde, ist beeindruckend. Keine Frage!

Das andere Herz in meiner Brust fragt aber – und das ist auch die Verantwortung dieses Ausschusses insbesondere in der jetzigen Situation mit Einnahmeausfällen, die wir schon hatten, und einer unsicheren Prognose in Bezug auf Steuereinnahmen und Ähnliches –: Wie hoch sind eigentlich unsere zukünftigen Einnahmen? Wie hoch ist unser zukünftiger Investitionsbedarf, und zwar der, den wir jetzt schon kennen, und der, der möglicherweise noch durch Neubeginnerprojekte dazukommt? – Dieses Projekt ist oder wäre einfach ein Neubeginnerprojekt. Wir müssen hier in diesem Ausschuss schlicht und ergreifend priorisieren. Das können wir seriöserweise erst dann machen, wenn wir – vielleicht bei einem weiteren Nachtragshaushalt, aber auf jeden Fall bei den nächsten regulären Doppelhaushaltsberatungen – zum Schwur kommen und hoffentlich auch zu einer guten Übersicht und dann diese Priorisierungsentscheidung fällen müssen. In diesen Topf kommt dann sicherlich auch dieses Projekt. Darüber wird man dann diskutieren müssen, dann wird man es priorisieren müssen und zu einer Entscheidung kommen: Macht man es, macht man es nicht, oder in welcher Variante macht man das?

Insofern brauchen wir gar nicht das große Karo machen mit Tempelhof insgesamt und Großprojekt, sondern wir haben erst einmal das kleine Karo. Ich sehe das wie Frau Meister: Der Wirtschaftsplan hat die 150 000 Euro ins kleine Karo hineingeschummelt, und unsere Aufgabe ist es jetzt, deutlich und klar zu sagen, dass das dort meinetwegen drinsteht und wir das wahrscheinlich irgendwie zur Kenntnis nehmen, es aber kein Präjudiz für eine zwei- oder mehrstellige Millioneninvestition sein wird, die zukünftige Haushalte belasten wird, sondern dass wir das genauso priorisieren und in der Gesamtschau entscheiden müssen wie alle anderen Neubeginnerinvestitionsprojekte auch. Das ist die Aufgabe, die wir hier und heute machen müssen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Gaebler, bitte!

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Vielen Dank für das grundsätzliche Zugeständnis, dass es sich um ein interessantes Projekt handelt, das gegebenenfalls auch wichtig für die Stadt ist! Dass es natürlich auch einer gewissen Abwägung und Prioritätensetzung bedarf, ist klar. Ich bin hier in früherer Verwendung ja öfter verprügelt worden für irgendwelche Projekte des Einzelplans 12, die, sagen wir einmal, politisch gewollt und fachlich mäßig vorbereitet waren. Insofern können Sie mir glauben, dass ich auch kein Interesse daran habe, so etwas auf den Weg zu bringen. Genau deshalb haben wir hier einen anderen Weg gewählt. Wir haben gesagt: Wir weisen das offen aus. Wir machen eine Vorbereitung, wir machen eine Machbarkeitsstudie und schauen: Was ist überhaupt möglich? Was haben wir für Kosten? Welches ist die Vorzugsvariante? – Das wäre aus meiner Sicht auch nicht die teuerste Variante – diese liegt bei knapp 50 Millionen Euro –, sondern die Variante mit etwa 25 Millionen Euro ist,

nach dieser Machbarkeitsstudie wohlgemerkt, wahrscheinlich die, die für die Belange der DFFB ausreichend und dann vielleicht auch eher darstellbar ist.

Es muss doch aber möglich sein, einmal zu sagen: Wir zahlen im Sony Center – ich habe jetzt die Summe nicht im Kopf, aber – jedes Jahr einen doch erheblichen Mietbetrag. Jeder vernünftige Mensch, der für die Zukunft plant, überlegt sich doch auch: Wenn ich eine Eigeninvestition in einer eigenen Immobilie mache und dadurch diese Mietkosten spare, bzw. sie gegebenenfalls an mich selbst bezahle, ist das doch, gerade für Haushaltspolitiker, ein interessanter Ansatz. Dann kann es immer noch Prioritäten geben und vorkommen, dass man sagt: Wir können aber im Moment nicht so viele Investitionen liefern. – Ich habe hier nur das Problem, dass ich eben einen gewissen Vorlauf habe. Wir reden über die Jahre 2023/24, in denen diese Investitionen anfangen sollen. Je weiter ich das nach hinten schiebe, desto schwieriger wird es, das mit einem möglichen Auszug in Einklang zu bringen.

In den Wirtschaftsplan haben wir auch nichts hineingeschummelt – wenn ich dieses Wort einmal aufgreifen darf –, sonst würde das dort nämlich überhaupt nicht drinstehen und dann hätte ich das einfach so zur Verfügung gestellt, sondern wir sind so transparent, dass wir es dort ausweisen. Natürlich müsste es, das hatte ich vorhin schon gesagt, ganz formvollendet heißen: „eines möglichen Umzugs nach Tempelhof“, das gestehe ich gerne zu. Wir werden darauf achten, dass wir das künftig ganz exakt und sauber formulieren. Es war aber nicht so gedacht, dass jetzt durch die Kenntnisnahme eines Wirtschaftsplans mit einer Summe von 150 000 Euro sozusagen ein 95-Millionen-Projekt auf den Weg gebracht ist. Das will ich hier ganz deutlich zu Protokoll geben. Dazu kenne ich den Hauptausschuss zu gut und weiß erstens, dass Ihnen das auffallen würde, und zweitens ist das auch im Senat sicherlich so keine Vorgehensweise. – Nein, im Ernst: Wir wollen gerne noch einmal untersetzen: Ist das, was sich in der Machbarkeitsstudie ergeben hat, auch solide? Ist das umsetzbar? Was ergeben sich daraus möglicherweise für Kosten? – Deswegen auch die Bedarfsplanung, die wir jetzt gerne machen wollen.

Die andere Frage ist, ob man das von der Gesamtsanierung des Gebäudes in irgendeiner Form abkoppeln kann, insofern, dass man nicht sagt, ich muss jetzt erst einmal die 1,5 Kilometer Gebäude durchsanieren und dann kann ich mir erst überlegen, welche Nutzungen ich mache. Sollte das das Ergebnis sein, können wir uns ohnehin eine Menge sparen. Dann brauchen Sie auch nicht über Polizei oder sonst etwas zu reden, sondern dann reden wir erst einmal zehn Jahre lang über gar nichts. Ich weiß aber erstens nicht, ob das wirklich sinnvoll ist, und zweitens, ob es auch notwendig ist. Es gibt ein Gesamtkonzept des Senats, das will ich an der Stelle noch anmerken. Das ist auch in mehreren Vorlagen oder zumindest Berichten an das Abgeordnetenhaus gegangen. Darin ist auch sehr viel von Kultur, Medien und Veranstaltungen die Rede.

Dies hier ist gerade auch ein Projekt, bei dem man eben nicht sagt, wir müssen einen Raum für Kultur schaffen und mal gucken, was sich dort entwickelt – was auch eine gute Sache ist, aber sicherlich weniger Geld bringt und mehr unsichere Kosten verursacht –, sondern hier geht es ganz klar um die Unterbringung einer Einrichtung, die dem Land Berlin gehört, die das Land Berlin aufrechterhalten will und bei der eben die Frage ist, wo wir diese Einrichtung zukünftig ansiedeln. Wir klären möglichst zügig, auch innerhalb des Senats, wie die weiteren Rahmenbedingungen dafür sind. Mitnichten ist hier aber eine Vorfestlegung auf einen höheren oder niedrigeren zweistelligen Investitionsbetrag getroffen, sondern das ist genau das, was

erst einmal untersetzt werden muss, damit Sie auch genau wissen: Worüber reden wir? Wie kann das ins Verhältnis zu anderen Dingen gesetzt werden? Was bringt es an Ertrag bzw. an Kostenersparnis, und wie kann das wann in der Investitionsplanung verankert werden?

Vorsitzende Franziska Becker: Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Zillich.

Steffen Zillich (LINKE): Na ja, es ist, wie es ist. Je mehr hier gute Argumente dafür vorgebracht werden, das eine oder andere Thema vor die Tempelhof- und vor die Investitionsklammer zu ziehen, umso mehr muss ich feststellen, dass das so nicht stattfinden wird. Insofern wissen wir dann alle, woran wir sind, und eine Priorisierungs- wie auch eine Tempelhofumgehensentscheidung muss eben getroffen werden. Unter dem Vorbehalt steht es. So ist es.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Ich beantrage ein Wortprotokoll und möchte nur erklären, dass die Tempelhoffrage ungeklärt ist – sie ist offen – und dass, bevor die Grundsatzfrage nicht entschieden ist, auch keine Projektfragen entschieden werden können. Das ist unser Verständnis. Die Grundsatzfrage ist, ob das Land bereit ist, ein bis zwei Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, um das Gebäude zu sanieren. Das ist die Grundsatzfrage, und dann muss jeder erklären, wie er das finanzieren will.

Vorsitzende Franziska Becker: Das Wortprotokoll ist beantragt. Ich habe jetzt noch die Wortmeldung von Herrn Goiny. – Bitte!

Christian Goiny (CDU): Wenn die Debatte jetzt doch noch, dankenswerterweise in Anwesenheit des Kollegen Schneider, weitergeführt werden kann – ich war kurz davor, etwas enttäuscht zu sein –, möchte ich auch vor dem Hintergrund des Wortprotokolls noch etwas sagen. Wenn das die Position ist: Wir machen gar nichts, bis wir nicht alles geklärt haben –, kann man das, glaube ich, politisch nicht durchgehen lassen. Das wird auch nicht funktionieren, denn es ist eben kein zweites ICC, wo sich außerhalb von Fankreisen die Empörung vielleicht noch überschaubar hält, wobei ich schon schlimm genug finde, was wir da machen. Nein, ich glaube, der Flughafen Tempelhof ist ein Gebäude, das man nicht in Gänze anhalten und weiter verfallen lassen kann. Da kann man nicht sagen: Wir machen da gar nichts –, denn am Ende wird die Sanierung jedes Jahr um genau diesen Betrag teurer. Deswegen muss man sinnvollerweise mit einzelnen Bereichen anfangen, und dann kann man sich für die anderen Bereiche immer noch etwas Gutes einfallen lassen. Es kann ja jeder noch seine Ideen und Vorlieben, Machbarkeiten und Finanzierungsvarianten einbringen. Aber das andere wird, glaube ich, nicht funktioniert. Da sind ja sogar, wenn ich Kollegen Zillich richtig verstanden habe, die Linken weiter. Das wäre mir aber tatsächlich zu viel Sozialismus, wenn ich sage: Ich mache ein großes Gesamtprojekt, und nur wenn das steht, gebe ich irgendeinen Euro für Tempelhof aus. – Da weiß doch jeder, dass das nie passiert. Wir werden doch keine Planung für das gesamte Riesengebäude mit einer sinnvollen wirtschaftlichen Nutzung machen können und sagen: Bevor wir das nicht haben, fangen wir nicht mit der Sanierung an! – Lieber Kollege Torsten Schneider! Das ist nicht ernst zu nehmen, und deswegen ist das auch keine politische Alternative.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Wenn jetzt Herr Schneider extra in den Hauptausschuss gekommen ist, dann wollen wir auch mit ihm diskutieren. – Ich glaube, dass sich da zwei Dinge vermischen. Ich denke, dass es schon Sinn macht, über ein Gesamtnutzungskonzept von Tempelhof nachzudenken, und es ist schon sinnvoll zu sagen: Wenn Film und Fernsehen da reingehen, könnte da irgendwo auch Kultur, Museum und Ähnliches stattfinden, ob jetzt mit dem Alliiertenmuseum oder ohne. – Es macht sicher Sinn, da einmal in Gänze draufzugucken.

Der Traum, dass wir es erst dann anfassen werden, wenn wir eine Gesamtfinanzierung für mit Sicherheit über 1 Mrd. Euro stehen haben werden, der, muss ich ehrlich gestehen, geht nicht auf, weil der Planungs- und Sanierungshorizont bei dem Verbauen von 1 Mrd. Euro dazu führt, dass wir, wenn wir am Ende sind, vorne wieder anfangen können. Ich denke, das ist auch der Sache nicht entsprechend. Das machen wir in vielen anderen Bereichen auch nicht. Wir sagen auch nicht, wir fangen nicht mit der Sanierung einer Schule an, weil das mindestens 7,5 Mrd. kostet – das wäre ja die vergleichbare Aussage –, oder wir fangen nicht an, irgendeine Polizeiwache zu sanieren, weil wir da auch über 1 Mrd. Euro liegen, wir fangen nicht an, irgendeine Uni zu sanieren, weil das auch so teuer wird. Ich glaube, das ist nicht zielführend.

Wie gesagt, es ist sicher sinnvoll, eine Nutzung untereinander abzusprechen, damit man sich nachher nicht gegenseitig im Weg steht. Es wären aber fünf Jahre Zeit gewesen, den Tagesordnungspunkt mal zu diskutieren, statt ihn immer wieder zu verschieben, insofern bin ich da durchaus bei Herrn Goiny: Irgendwo müssen wir mal anfangen, sonst erleben wir das Ende nicht.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider! Danach folgt Herr Hansel. – Bitte!

Torsten Schneider (SPD): Ich finde es interessant: Ich führe gar keine Nutzungsdebatte derzeit, denn da wird sich der Senat verständigen, und dann werden wir das miteinander diskutieren. Nach meinen Informationen führen wir gerade eine Debatte, ob das Gebäude betriebssicher ist und was dafür auszugeben erforderlich ist – Elektroleitungen, Brandschutz usw. Nach meinen Informationen kostet das 900 Mio. Euro. Die Frage, wo er das Geld hernimmt, muss jeder, der da ein Einzelprojekt reinbringen will, erst einmal beantworten, und dann können Sie alle Verteilungsdebatten in den Fachausschüssen führen; damit habe ich kein Problem. Aber wenn das so ist, dann ist das eine Grundsatzfrage, und da lade ich Sie herzlich ein, mal zu sagen, wo Sie dieses Geld hernehmen, damit da überhaupt der Strom an- und ausgeschaltet werden kann.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Hansel!

Frank-Christian Hansel (AfD): Das ist ja wieder eine deutsche Lösung: alles oder nichts! Das wird es so, glaube ich, nicht geben; das sehe ich wie Herr Goiny und Frau Meister. Man sollte sich aber noch mal anschauen, worum es bei dem Tempelhofer Flughafengebäude geht. Norman Foster nannte es mal „the mother of all airports“. Das ist ein Claim für Berlin. Wir wissen ja, was wir flughafentechnisch alles in den Sand gesetzt haben – der Flughafen ist geschlossen, Tegel ist zu; da brauchen wir die Debatte nicht aufzumachen. Auch Tempelhof will sicherlich keiner mehr aufmachen; die Debatte wird es nicht mehr geben. Mir geht es darum, dass man so einen Claim „mother of all airports“ mit Visionen nutzen kann – und da sind wir dann doch noch mal bei einer möglichen Nutzung – und man in die Zukunft guckt, denn dann kann das schon ein interessantes Thema werden. Da ist das Alliiertenmuseum, das geht in die Vergangenheit, aber es gibt Luftfahrt und neue Luftfahrttechnologien, es wird demnächst Flugtaxen und alles Mögliche geben, und da ist auch Tempelhof möglicherweise ein Standort, wo man ein Cluster für Luft- und Raumfahrt machen kann – ohne dass man da jetzt Raketen abschießen muss, nicht falsch verstehen! Das kann man mit dem Standort Berlin und Tempelhof sicherlich verbinden. Dazu wird es in der nächsten Legislaturperiode entsprechende Vorschläge geben. – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)] –

Vorsitzende Franziska Becker: Ist das eine Wortmeldung, Herr Zillich? Herr Goiny ist jetzt dran!

Christian Goiny (CDU): Ich wollte den Kollegen Zillich nur ausreden lassen. – [Torsten Schneider (SPD): Ihn nicht unterbrechen bei seiner Zwischenbemerkung!] – Genau! Ich bin ja ein höflicher Mensch, bemühe mich jedenfalls immer wieder. – Ich wollte noch auf den Kollegen Schneider eingehen. Sicherlich ist richtig: Das Dach ist undicht, die Wasserleitungen sind kaputt, bei Strom, Heizung, Elektrik muss ganz viel gemacht werden. Aber jeder, der anfängt, dieses Gebäude zu sanieren, macht das ja nicht auf einmal in allen Teilen des Gebäudes. Da wird es vielmehr Bauabschnitte geben, da wird es Teilsanierungen geben; das ist ja einfach praktisch so. Natürlich wird das ein Riesensbetrag sein, der über viele, viele Jahre und über viele, viele Haushalte anfallen wird. Deswegen macht es Sinn, mit der Sanierung abschnittsweise zu beginnen, das auch ordentlich – Kollege Zillich hat zu Recht darauf hingewiesen – in Haushalten zu etatisieren und da am Ende Nutzungen reinzubringen, die uns entweder an anderer Stelle Mietkosten sparen – Finanzierungsvorschlag 1 – oder dafür sorgen,

dass dort Unternehmen sind, die dieser Stadt Steuern zahlen, wir damit Steuereinnahmen und möglicherweise am Ende auch bald wieder Haushaltsüberschüsse haben – Finanzierungsvorschlag 2. Das auf der Zeitschiene gemacht ist, glaube ich, ein vernünftiger Vorschlag. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Nein! Unternehmen anzusiedeln, die Steuern zahlen, ist genau das Gegenteil von Sozialismus. Deswegen finden wir das ein ganz gutes Konzept. – [Torsten Schneider (SPD): Fata Morgana!] –

Vorsitzende Franziska Becker: Der Bericht ist zur Kenntnis genommen.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf

Punkt 15 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzI – V E Cor – vom 01.03.2021

[3431](#)

**Wissenschaftliche Begleitung von Corona-
Teststrategien für spezifische Gruppen und weitere
Notwendigkeiten**

Haupt

(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 02.12.2020)
(in der 87. Sitzung am 17.03.2021 von der Konsensliste
genommen und auf die Tagesordnung der Sitzung am
14.04.2021 gesetzt)

Wir hatten verabredet, die Bildungsverwaltung hinzuzuholen. – Ich begrüße Frau Staatssekretärin Stoffers. – Herr Ubbelohde, bitte!

Carsten Ubbelohde (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir besprechen ab Tagesordnungspunkt 32 im Bereich Bildung, Jugend und Familie verschiedene Maßnahmen in Schulen und Kitas, darunter Tests, Selbsttests, Masken und Lüftungsgeräte mit erheblichem Kostenaufwand bis in den zweistelligen Millionenbereich. Das soll aber jetzt nur am Rande ein Schwerpunkt meiner Aussage sein. Mir geht es vor allem um das Retten dieser Vorlage aus der Konsensliste hinein in die Debatte. Es wäre doch schade, wenn wir die Fakten, die in einer mit 2,5 Mio. Euro überaus teuren, wenn auch noch nicht beendeten einjährigen Studie erarbeitet wurden, quasi im Vorfeld beerdigen würden, wo die Studie doch in der Lage ist, uns den Weg zu weisen, ob zukünftige, heute auch zu beschließende Maßnahmen sinnvoll und angemessen sind, und sie, so hoffe ich, retrospektive Betrachtungen zulässt, ob vergangene Maßnahmen im Bereich der Kitas und Schulen sinnvoll oder nicht sinnvoll waren.

Die Studie zeigt sehr deutlich, dass Schulen und Kitas keine Orte intensiven Infektionsgeschehens waren und es vermuteter Weise auch nicht sind. Die Studie spricht von einem Infektionsanteil bei Schülern von 2,7 Prozent, bei Lehrern von 0,7 Prozent. Das bedeutet: Zwei Lehrer von insgesamt knapp 500 getesteten Menschen waren positiv. Der erste Fakt, den wir hier einmal zur Kenntnis nehmen müssen, ist: Eine Bedrohung des ausbildenden Personals in Schulen findet de facto so gut wie nicht statt.

Zweitens – und das ist noch interessanter, weil immer wieder die Debatte geführt wurde, inwiefern das Auswirkungen auf die Bereiche außerhalb der Schule, also auf Haushalte, das Elternhaus usw. hat –: Die Studie zeigt auch sehr deutlich, dass eine Auswirkung hinein ins Elternhaus – und umgekehrt – nicht im relevanten Bereich gegeben ist. Die Charité selbst kommt zu dem Schluss, dass sich bei der Nachverfolgung bereits positiver Klassenverbände nach einer Woche keine auf das Schulumfeld zurückzuführende Infektion zeigt.

Wenn man das, was hier auf Seite 2 sehr deutlich niedergeschrieben ist, rekapituliert, müssen wir zwei Maßnahmen, die die Kitas und Schulen betreffen oder betrafen, noch einmal betrachten, und zwar faktenorientiert; quasi Faktencheck: Das eine sind die in der Vergangenheit stattgefundenen Schließungen, das andere ist das, was jetzt geplant ist, das vorhin zitierte Szenario Masken, Tests usw. Sie wissen, und das ist im Grunde bedauerlicherweise mehr als deutlich geworden, dass die Schließungen trotz der Fakten, die bereits im Sommer und Herbst

letzten Jahres vorhanden waren – diese Testergebnisse sind nämlich aus dem letzten Jahr –, die soziale Schere im Bereich Bildung verstärkt haben, nicht zuletzt deswegen, weil Schreib- und Lesekompetenzen bei Kindern mit Migrationshintergrund nicht in dem Maße vorhanden sind, weil Sie es versäumt haben, viele Schüler und auch die Eltern an sprachliche Fähigkeiten heranzuführen, und die Schere in diesem Bereich deswegen durch das Schließen der Einrichtungen größer geworden ist. Von den Lerndefiziten und der sozialen Isolation wollen wir in diesem Zusammenhang gar nicht intensiver sprechen. Psychische Auffälligkeiten sind ebenfalls klar und belegt beschrieben, eine fehlende Tagesstruktur bei vielen Familien ebenso, von gestressten Eltern mal ganz abgesehen. Das zeigt, dass die Schließungen – wie wir es vor Monaten immer wieder deutlich gemacht haben – ohne jede Substanz und ohne jede Notwendigkeit waren.

Jetzt kommen wir zur Zukunft – das Thema Maske, Maskenpflicht in Schulen. Sie wollen ja in Masken neu investieren und sehr, sehr viele Masken für diese Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellen. Sie wissen, dass das Abdecken der unteren Gesichtshälfte die Fähigkeit verringert, in der Bildungsszene zu interpretieren, Emotionalität zu erleben, emotionale Ausdrücke wahrzunehmen. Das beeinträchtigt das Lernen und die soziale Kompetenz. Trotz der Vorlage dieser und ähnlicher Studien – auf Seite 3 sind ja noch andere Studien mit ähnlichem Resultat erwähnt; es gibt auch Studien aus dem Ausland, die das in ähnlicher Weise belegen – wollen Sie das tun. Sie transferieren in die Schüler ein Schuldgefühl hinein, Verantwortung für die Erwachsenen zu übernehmen, indem Sie ihnen auferlegen, sich unangenehmsten Testprozeduren zu unterziehen und Masken zu tragen.

Hinzu kommt noch, dass die Masken den Atemwiderstand beeinträchtigen und Auswirkungen auf die CO₂-Anreicherung im Blut haben, was wiederum schlecht für die Konzentrationsfähigkeit ist. Kurzum: Diese Vorlage beweist aus unserer Sicht sehr deutlich, dass Ihre Maßnahmen insbesondere im Bereich der Kitas und Schulen nicht nur für die Schüler, Lehrer und das ganze Bildungssystem außerordentlich nachteilig und unsinnig sind, sondern sie belegt auch, dass Sie entgegen der Faktenlage eine Politik betreiben, die an den Bedürfnissen und der Realität der Menschen vorbeigeht. Das kritisiere ich an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Ich habe mir die Studien jetzt gar nicht so angesehen, ich kenne ja die Debattenlage aus der Vergangenheit und will zugestehen, dass es natürlich schwierig ist, das einzuschätzen, wenn man da so viele Hunderttausende und insgesamt über 12 Millionen Leute im Bildungssektor betrachten soll. Aber weil Sie von der Faktenlage sprechen: Ich kenne zwei wissenschaftliche Studien, eine aus Hamburg, die anhand einer Genanalyse den Nachweis erbracht hat, dass ein Schüler an einem Tag 42 andere in der Schule angesteckt hat. Die andere stammt aus Bayern; die hat uns mitgeteilt, dass 8,4 Prozent aller Schulkinder Antikörper hatten. Das sind für mich wissenschaftliche Fakten. Worüber Sie reden, das ist für mich Aluhut.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Ubbelohde!

Carsten Ubbelohde (AfD): Herr Schneider! Das können Sie besser, und das wissen Sie auch. Das ist ja selbst für Ihre Verhältnisse ein sehr unterirdischer Beitrag und zeigt Ihre Hilflosig-

keit in dieser Debatte. Dass Sie nicht wissen, wovon Sie sprechen, das will ich durchgehen lassen; Sie sind nicht vom Fach. Aber Sie wissen noch nicht einmal, dass die Antikörper auch von anderen coronabedingten Erkrankungen herrühren können, nicht unbedingt von Covid-19-Erkrankungsfällen. Das ist hinlänglich bekannt. Bekannt ist auch, dass statistische Ausnahmen und Ausreißer unter Studien – im Übrigen auch 100 Studien, die hier noch gar nicht veröffentlicht wurden, die allerdings in Auftrag gegeben wurden und im Umlauf sind, von denen wir noch immer nicht das Resultat wissen, das wäre ja mal interessant, das zu erfahren – nur die Regel bestätigen. Auch das wissen Sie. Dass Sie nicht mehr können, als mit statistisch feingliedrigen Aussagen versuchen zu punkten, bestätigt eigentlich nur meine Aussage, und in diesem Punkt danke ich Ihnen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Weiß!

Thorsten Weiß (AfD): Ich beantrage ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, vielen Dank! – Der Bericht ist zur Kenntnis genommen.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Wir kommen zu

Punkt 25 der Tagesordnung

- | | |
|---|--|
| a) Bericht SenUVK – IV C 53 – vom 19.02.2021
BVG-Fahrzeugvergabe
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 20.01.2021)
(mit vertraulichen Anlagen nur für den Datenraum)
(in der 87. Sitzung am 17.03.2021 vertagt) | <u>2564 Y</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage |
| b) Bericht SenUVK – IV C 53 – vom 29.03.2021
BVG-Fahrzeugvergabe
hier: Fahrzeugbestand 2019/2020
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.03.2021)
(mit vertraulicher Anlage nur für den Datenraum) | <u>2564 AA</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung hinsichtlich der Anlage |
| c) Schreiben SenUVK – IV C 53 – vom 13.04.2021
BVG-Fahrzeugvergabe
hier: Begründung der Vertraulichkeit
(als Tischvorlage verteilt) | <u>2564 Y-1</u>
Haupt |

Es gibt hierzu eine Tischvorlage, in der mit einem Anschreiben des Staatssekretärs die Vertraulichkeit der Anlagen ergänzend begründet wird. Auch hier weise ich Sie darauf hin, dass die Vorlagen, insbesondere bezogen auf die Anlagen, der Vertraulichkeit unterliegen, und wir, wenn sie von Ihrer Seite tangiert werden sollte, zunächst einmal die Vertraulichkeit des Ausschusses herzustellen haben. – Ich begrüße den Vorstand Betrieb der BVG Herrn Dr. Erfurt sowie den Abteilungsleiter U-Bahnfahrzeuge Herrn Kärger.

Ich bitte um Wortmeldungen, die den öffentlichen Teil der Vorlage betreffen. – Herr Goiny, bitte sehr!

Christian Goiny (CDU): Ich glaube, wir können das ganze Thema öffentlich diskutieren. Ich will damit anfangen und um eine Stellungnahme bitten. Wir haben jetzt dieses Schreiben bekommen. Wenn man Akteneinsicht genommen hat, erschließt sich einem die Antwort nicht, vor allem vor dem Hintergrund, dass bei uns der Grundsatz herrscht, dass die Dinge nur in der nötigen Vertraulichkeit eingestuft werden müssen. Wenn Fragen, warum bei U-Bahnwagen die Türen klemmen und bei welchem Wagen das der Fall ist, ein besonderes Geschäftsgeheimnis tangieren – obwohl der Fahrgast das jeden Tag selber merkt, er sich in der Regel nur nicht die Wagennummer notiert –, müssten Sie vielleicht noch mal kurz erklären, was das besondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnis daran ist, hier diese Übersichten zu haben.

Ich finde es auch ein bisschen – tja, wie soll ich das sagen? – ungewöhnlich, dass wir dafür, dass es diese Listen erst gar nicht gab, jetzt doch eine ganze Menge davon haben. Normalerweise haben wir im Hauptausschuss das Verfahren, dass, wenn Berichte nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt werden, die jeweilige Senatsverwaltung dafür eine Strafzahlung leisten muss. Hier ist es seit anderthalb Jahren so, dass wir in mehreren Berichten nachgefragt und uns nach diesen Berichten erkundigt haben. Erst haben Sie gesagt, die gibt es nicht, dann haben Sie gesagt, interessiert uns gar nicht. Und dann haben Sie uns nur auszugsweise etwas

berichtet. Erst als wir jetzt gesagt haben, konkret von diesen und diesen Tagen hätten wir mal etwas, erhalten wir die auf einmal. Ich hätte jetzt gerne mal von Ihnen politisch erklärt, warum Sie mit dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses so umgehen. Dass Sie möglicherweise nicht verstanden haben, warum wir das wissen wollen, das glaube ich Ihnen vielleicht sogar. Die Frage ist doch aber: Rechtfertigt das, dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses die gewünschte Information anderthalb Jahre vorzuenthalten?

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Weitere Wortmeldungen kann ich nicht erkennen, dann bekommen Sie, Herr Staatssekretär, zunächst das Wort.

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK): Danke! – Ich glaube, es richteten sich nicht alle Fragen an mich. Ich kann aber auf den letzten Aspekt gerne eingehen: Es war nie das Ziel, dem Hauptausschuss irgendetwas vorzuenthalten. Im Gegenteil! Wir waren im engen Austausch mit der BVG, auch mit Ihrem Büro unter anderem, um den Charakter der Listen genau herauszufinden, was es denn sein kann. Ich glaube, in dieser Anstrengung haben wir es tatsächlich dann auch geschafft, dass die Unterlagen nun so vorliegen, wie sie gewünscht waren. Insofern war da von Anfang an natürlich schon das Bemühen, aber es gab offenbar auf dem Weg dorthin einige Missverständnisse.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Gut. Herzlichen Dank! – Zur weiteren Beantwortung gebe ich den Vertretern der BVG das Wort – bitte sehr!

Dr. Rolf Erfurt (BVG; Vorstand Betrieb): Vielen Dank! – Gerne nehme ich zu der Frage Stellung, warum das Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind. Diese Listen werden mehrfach am Tag erstellt, aber dann auch jeweils immer wieder überschrieben. Sie finden natürlich auch Informationen darin, die beispielsweise Gewährleistungen oder Themen mit unseren Zulieferern betreffen. Da haben wir entsprechende Klauseln in unseren Verträgen wiederum mit den Lieferanten, die eine gewisse Vertraulichkeit einfordern. Daher haben wir darum gebeten, diese Informationen hier auch vertraulich zu behandeln.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Zwei weitere Wortmeldungen, zunächst Herr Goiny – bitte!

Christian Goiny (CDU): Das, was Sie eben gesagt haben, findet sich in diesen Listen gar nicht. Da steht gar nichts über Gewährleistungsfristen o. Ä., da steht auch nichts, was Sie sonst vorgetragen haben. Es ist eine Übersicht, die aufführt, welcher Wagen welcher Kategorie bei Ihnen in der Bearbeitung ist, um es mal neutral zu formulieren. Das ist gut, dass sich das am Tag ändert, weil es am Ende heißt, da wird ein Wagen auch mal wieder repariert. Das ist jetzt keine sensationelle Erkenntnis, würde ich mal sagen. Dass der Hersteller der Neufahrzeuge, die Sie jetzt in der Beschaffung haben, eine Garantie darauf hat, stand, glaube ich, sogar schon in der Zeitung. Es wäre auch ungewöhnlich, wenn das nicht so wäre. Also, auch hier ist überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum das jetzt einer Geheimhaltung unterliegt. Das verstehe ich überhaupt nicht.

Ehrlich gesagt, Herr Staatssekretär: Dass es für Sie nicht klar war, dass es irgendein System bei der BVG geben muss, nach dem die, wenn die Fahrzeuge abends in die Werkstatt oder in den Betriebshof kommen, feststellen, welcher Wagen kaputt ist und was da kaputt ist, dass das nicht wie in einer Eckkneipe eine Zettelwirtschaft ist, sondern dass das elektronisch er-

fasst wird und es darüber Listen geben muss, weil die Werkstätten das ja irgendwie abarbeiten müssen – das haben Sie nicht verstanden, und es war Ihnen unklar, was wir da haben wollen? Können Sie das noch mal kurz erklären?

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Heineman!

Sven Heinemann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ursprung der Berichterstattung, die inzwischen wahrscheinlich schon so viele Ordner füllt, dass man darüber ein Buch schreiben könnte, waren damals die Probleme der Baureihe F79. Die Baureihe ist, wenn mein Kenntnisstand zutrifft, komplett abgestellt. Wie ist der Status der anderen Baureihen? Ich gehe mal davon aus, dass die Mängel da nicht so gravierend sind, dass wir da irgendwie in nächster Zeit etwas zu erwarten haben, weil uns hier bisher auch nichts zugetragen wurde. Wenn wir den Betrieb nun schon mal im Hauptausschuss haben, können Sie vielleicht noch etwas zu den Typen sagen, die noch im Einsatz sind, ob das quasi alles im Griff ist. Hier wird es ja auch weitere Veränderungen geben, indem neue Fahrzeuge zulaufen.

Fahrzeuge sind das eine, Fahrzeuge müssen aber auch in Werkstätten gewartet werden. Soweit ich weiß wird uns in Kürze die Vorlage zur Erweiterung der Werkstätten in Britz erreichen. Können Sie von BVG-Seite sagen, wie weit Sie hier sind und wie es, wenn das Abgeordnetenhaus den Grundstücksgeschäften zustimmt, dann weitergeht?

Dadurch, dass sich die Fahrzeugflotte verändert: Welche Pläne gibt es für den Standort See-
straße?

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Staatssekretär, bitte sehr, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Zur Frage, die an mich gerichtet war: Natürlich gehen wir als Senatsverwaltung davon aus, dass die BVG, und das bestätigt sie auch im täglichen Betrieb, schon weiß, wo und in welcher Form Fahrzeuge Mängel haben und wo sie dann abgestellt werden müssen. Wir gehen auch davon aus, dass da eine Art von Listung, Datei, Datenbank oder so etwas verfügbar sein muss, um das nachzuvollziehen. Nur war es dann so, dass bei dem Hinweis, den wir aus Reihen Ihrer Fraktion, Herr Goiny, erhalten hatten, mit diesen Listen, wir bei Nachfrage bei der BVG zunächst nicht herausfinden konnten, um was für eine Art von Listen es sich handelt, sodass wir einige Zeit brauchten, Sie kennen den Prozess, bis wir dann dahin kamen, dass wir die Listen heute haben. Insofern ist das ein bisschen schwerfällig gelaufen, um herauszufinden, um welche Listen es sich überhaupt handelte, aber nun sind sie ja da.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Staatssekretär! Sehen Sie sich in der Lage, die Fragen des Abgeordneten Heinemann zu beantworten?

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK): Ich habe den Eindruck, die richten sich an Herrn Dr. Erfurt. Ich würde jedenfalls die BVG bitten, darauf zu antworten.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Bitte sehr, dann Herr Erfurt dazu – bitte schön!

Dr. Rolf Erfurt (BVG; Vorstand Betrieb): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Heineman! Ich beantworte einen Teil der Fragen, und ich denke, Herr Kärigel wird dann noch auf Details eingehen. – Grundsätzlich zur Fahrzeugverfügbarkeit: Die wird bei uns natürlich täglich gemessen. Wir haben aktuell einen Stand von über 80 Prozent an Fahrzeugverfügbarkeit. Benötigt werden 75 Prozent. Der Rest ist für die normale Instandhaltung und Instandsetzung oder gegebenenfalls auch mal bei Vandalismus oder dergleichen vorgesehen. Wir haben also momentan eine mehr als ausreichende Fahrzeugflotte, die dank der Arbeit der Werkstätten auch in einem guten Zustand ist. Natürlich sind wir dann auch auf eine gute Lieferung des neuen U-Bahnwagenauftrags J/JK angewiesen. Das ist, glaube ich, allen bewusst, dass wir insgesamt immer noch mit einer alten U-Bahnflotte bei der BVG kämpfen. – Ich würde Herrn Kärigel bitten, noch kurz etwas zu den einzelnen Baureihen zu sagen, weil die Frage auch aufgekomen ist, und danach dann gerne die Fragen zu den Werkstätten beantworten.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Bevor ich dem Kollegen das Wort gebe, weise ich noch einmal darauf hin, dass ich davon ausgehe, dass die Vertraulichkeit nicht verletzt wird, sondern dass diese Äußerungen auch in der Öffentlichkeit getätigt werden können. Gut! – Bitte sehr!

Stefan Kärigel (BVG): Dann würde ich gerne auf die Einzelheiten der Fahrzeugserien eingehen; F79 wurde schon angesprochen. Wir haben jetzt noch zwei Doppeltriebwagen im Einsatz, das ist sozusagen der Rest der Flotte. Alle anderen Fahrzeuge sind entsprechend ihrer Laufleistung als auch ihres Zustandes ausgemustert. Erfreulicherweise haben wir bei den anderen Fahrzeugserien diese Erscheinungen in der Art nicht, das heißt also, auch bezogen auf das Alter laufen diese Fahrzeuge noch relativ gut.

Was vielleicht ähnliche Auswirkungen aufzeigt, ist der A3L92 im Kleinprofil. Diese Fahrzeugserie ist aber instandsetzbar, und die setzen wir auch immer wieder instand. Das heißt, die wird ihre Lebensdauer erreichen bzw. auch überschreiten können. Alle anderen Fahrzeugserien, die wir in dem Bereich im Einsatz haben, sind in der Beziehung, was also die Substanz betrifft, völlig unkritisch, gerade auch das Thema H-Zug und HK. Die Fahrzeuge, die wir also als Letztes beschafft haben, zeigen eine sehr gute Grundsubstanz, sodass man davon ausgehen kann, dass die uns wenigstens noch 18 Jahre zur Verfügung stehen werden.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Also, das finde ich jetzt schon ein bisschen dreist: Wir haben Ihnen erst im letzten Nachgang auf die Nachfrage Ihres Büros nochmals freundlicherweise erläutert, was wir für Listen haben wollen. Dass Sie jetzt so tun, als hätte unsere Information bei Ihnen zu Verwirrung geführt, finde ich schon ein bisschen dreist. Daraus kann man nur die Konsequenz ziehen – wenn das jetzt so verdreht wird –, dass wir Ihnen solche Fragestellungen künftig nicht mehr beantworten.

In Wahrheit war es so, dass wir ein Jahr davor schon immer wieder nachgefragt und Sie gesagt haben, Sie wissen gar nicht, was wir meinen, die Listen gibt es ja gar nicht – um dann, nachdem ich Ihnen hier im Ausschuss mal eine dieser Listen gezeigt habe, nachzufragen: Ist das denn so eine Liste, die Sie tatsächlich da haben? – Ach, die meinen Sie! Ach, na dann, ja, dann haben wir die doch! – Also, ehrlich gesagt: Da fühlt man sich schon ein bisschen veralbert, muss ich Ihnen ganz deutlich sagen. Und Sie haben bisher nicht den Verdacht ausge-

räumt, dass Sie absichtlich versucht haben, dem Hauptausschuss Informationen vorzuenthalten. Auch die Vertraulichkeit ist nach wie vor nicht begründet worden.

Ich will Ihnen auch mal sagen, was der Verdacht dahinter ist: Sie haben durch den Neuzugang der neuen Fahrzeuge eine Fahrzeugflotte, die so groß ist, wie, glaube ich, noch nie oder schon lange nicht mehr in der Geschichte der BVG. Und davon steht ein Großteil in den Werkstätten herum, teilweise Wochen und Monate, weil Sie die durch schlechtes Management nicht repariert bekommen haben. Und weil man aus diesen Listen möglicherweise erkennen kann, wie lange diese Fahrzeuge schon herumstehen, wollen Sie uns die nicht geben. Sie müssen also immer mehr Fahrzeuge beschaffen, weil Sie die vorhandenen nicht auf die Gleise kriegen. Sie sind ja aktuell, teilweise tagesaktuell nicht in der Lage, den Fahrzeugbedarf zu decken. Es gibt ja Tage, da fehlen Ihnen 8, 12, 16 Wagen, um den laufenden Fahrplan abzudecken, und das versuchen Sie zu vertuschen. Das führt am Ende dazu – deswegen passte der vorherige Tagesordnungspunkt ganz gut dazu –, dass Sie hier teilweise enorme Neubeschaffungen machen, die enorme Mehrkosten aufwerfen und Einsparungen an anderer Stelle zur Folge haben, damit Sie am Ende den Fahrplan noch halbwegs abdecken können. Wenn das so ist, dann führt das dazu, dass Sie am Ende Kapital in den Betriebsstätten herumstehen haben, bei den U-Bahnwagen, die Sie nicht repariert kriegen, in der Größenordnung eines ein-, zwei-, dreistelligen Millionenbetrags. Das, finde ich, grenzt schon dann am Ende wirklich – – Ich sage mal, es ist nicht nur unwirtschaftlich, sondern es ist schon die Frage, ob wir hier unsere Haushaltsmittel richtig einsetzen, wenn Sie, um den Betrieb sicherzustellen, dauernd neue Fahrzeuge kaufen müssen, weil Sie die in den Werkstätten nicht repariert kriegen.

Nachdem Sie anderthalb Jahre versucht haben, das dem Hauptausschuss zu verheimlichen, um dann mit solchen Geschichten hier um die Ecke zu kommen – das wäre leider ein Missverständnis und übrigens alles geheim und vertraulich –, nein! Ich sage es Ihnen: Sie wollen nicht, dass herauskommt, dass es ein grandioses Missmanagement in den Werkstätten der BVG gibt, dass Sie Ihre U-Bahnwagen nicht repariert bekommt, dass Sie die Fahrzeuge nicht aufs Gleis bekommen, und das können Sie jetzt zum Glück – aus Ihrer Sicht – mühsam durch die zahlreichen Neubeschaffungen kaschieren, die Sie in den letzten Wochen und Monaten bekommen haben. Und wir kriegen dann Vorlagen, wo wir sagen, Sie müssen hier einsparen, Sie müssen hier reduzieren, Sie brauchen mehr Geld für die Fahrzeugbeschaffung. Das ist dann aus Ihrer Sicht ja auch total logisch. – Deswegen hätte ich zu dem Tagesordnungspunkt auch gerne noch ein Wortprotokoll, Herr Vorsitzender.

Ich will darum bitten, dass Sie uns mal aufschreiben, wie viele U-Bahnwagen bis zu zwei Wochen, bis zu vier Wochen, bis zu zwei Monaten und mehr als sechs Monate bei Ihnen unrepariert in den Betriebswerkstätten herumstehen. Wenn Sie uns die Liste so herum nicht geben wollen, dann verzichten wir jetzt auf die Wagennummern, dann schreiben Sie mal auf, wie viele Wagen in diesen Zeitspannen unrepariert bei Ihnen herumstehen. Dann können wir das vielleicht von der Seite aus mal diskutieren.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Herr Wesener!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Ich habe mich nur gemeldet, weil Herr Goiny zumindest einen richtigen Satz formuliert hat, und der lautete: Das ist ziemlich dreist. – Dreist finde ich Sie, Herr Goiny, insbesondere wenn so Worte wie Vertuschung in den Mund genommen werden. Ich weiß gar nicht: Sind wir da schon im strafrechtlich rele-

vanten Bereich? Mitunter gibt es da Ältestenräte, wenn solche zumindest unbewiesenen Behauptungen und Anschuldigungen in den Raum gestellt werden.

Ansonsten weiß ich nicht, ob Sie das alles ernst gemeint haben. Ich glaube, wie so häufig nicht. Mir bleibt da eigentlich auch nur Ironie. Auch ich habe mitunter Schwierigkeiten, auf Ihre intellektuelle Flughöhe zu kommen; das haben Sie ja insinuiert: Niemand versteht Sie. – Ja, das kann gut sein. Ich bin froh und würde mir das häufiger wünschen, dass Senatsverwaltungen in solchen Fällen mal nachfragen. Ich will auch zu Protokoll geben, dass ich die Antwort des Staatssekretärs genau so verstanden habe, dass er nicht irgendwie aufgrund Ihrer Erklärung noch mal Zeit geschunden hat, sondern dass es eben länger gedauert hat, weil sie mal nachfragen mussten: Was meinen Sie überhaupt, Herr Goiny? – Das geht mir persönlich, wie gesagt, auch häufiger so. Vielleicht liegt es auch an dem Fragesteller, aber, nein, vermutlich eher nicht. Ich glaube, bei Twitter würde man jetzt den #Ironie off machen.

Dann bin ich natürlich dankbar, dass Sie jetzt selber die Erklärung geliefert haben, warum das alles vertraulich ist. Die Verschwörungstheorie, die Sie nahelegen – damit haben Sie Ihre eigene Frage beantwortet. – Danke!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herr Heineman, bitte!

Sven Heinemann (SPD): Um wieder zu den Fakten zurückzukommen: Ich hatte noch einen zweiten Fragenteil angesprochen, bezogen auf die Werkstätten. Ich bitte darum, dass der noch beantwortet wird.

Wenn noch Wagen der Baureihe F79 im Betrieb sind, wie Herr Kärgel gerade gesagt hat: Bis wann ist geplant, die auszumustern?

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Herzlichen Dank! – Herr Staatssekretär, bitte sehr!

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK): Ich fange an und würde zu den Fachfragen dann wieder an die BVG weitergeben. – Ich will aber noch mal kurz darauf eingehen: Die Vermutungen, die in den Raum gestellt wurden, weise ich erneut zurück. Es war ein stetes Bemühen der Senatsverwaltung mit der BVG, die entsprechenden Listen zu besorgen. Sie sind jetzt nach längerer Zeit da, und wenn noch weitere Fragen zur Interpretation der Listen vorhanden sind, gehe ich davon aus, dass die BVG sie entsprechend beantworten wird. Damit würde ich an Herrn Erfurt weitergeben. – Danke schön!

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Bitte, Herr Erfurt!

Dr. Rolf Erfurt (BVG; Vorstand Betrieb): Vielen Dank! Dann versuche ich, die Fragen der Reihe nach zu beantworten. – Ich möchte aber den Vorwurf des Missmanagements bei uns in den Werkstätten an der Stelle auch bitte zurückweisen. Ich kann Sie auch insofern beruhigen: Die Senatsverwaltung hat noch mal die Zügel angezogen, was die Fahrzeugverfügbarkeit mit der neuen Bestellung angeht. Wir haben jetzt immer noch eine maximale Reservequote, wie ich Ihnen vorhin sagte, von 25 Prozent; die geht auf 17,5 Prozent runter. Da ist auch noch mal ein deutlicher Ansporn für uns dabei, die Wirtschaftlichkeit in unseren Werkstätten weiter zu erhöhen. Das hat in den letzten Jahren bereits sehr gut geklappt. Wir haben, glaube ich, die

Kapazität in der Hauptuntersuchung – das ist die schwere Instandhaltung, die in der Werkstatt Seestraße durchgeführt wird – mehr als verdoppelt, bei gleichbleibender Personalzahl. Da ist sehr viel an Effizienz reingesteckt worden.

Zur Frage der Fahrzeuge F79: Wir gehen davon aus, dass sie dieses Jahr ausgemustert werden. Solange sie noch technisch einsatzfähig sind, den Lebenszyklus nicht überschritten haben und die Betriebserlaubnis vorliegt, werden die Fahrzeuge noch eingesetzt. Wir gehen aber davon aus, dass wir dieses Jahr die letzten Fahrzeuge ausmustern werden.

Zu den Werkstätten: In der Tat brauchen wir dann für die größere Fahrzeugflotte, die sich ja im Wesentlichen daraus bedingt, dass hier auch Mehrleistung bestellt wird, entsprechende Erweiterungen bei den Werkstätten. Das geht bei Abstellgleisen los, Abstell-, Aufstellgleisen, wie das beispielsweise in Britz der Fall ist. Es geht weiter in der Seestraße, um die Hauptuntersuchungen dort weiterhin durchzuführen. Überall sind wir recht eingeschränkt, gerade in der Seestraße, was beispielsweise den Denkmalschutz und die Gebäudefläche angeht. Wir sind bei all diesen Werkstätten so weit, dass wir interne Planungen durchgeführt haben, diese Planungen jetzt im Rahmen der strategischen Ressourcenklausur mit dem Hause SenUVK Ende dieses Monats diskutieren werden und dann in die einzelnen Vorplanungen mit Architekten, mit Baubüros gehen werden.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Gibt es weitere Wortmeldungen?

Ich hätte auch noch ein paar Fragen zu anderen Anlagen – bezogen auf Ruhleben –, ich werde mir aber erlauben, das als Schriftliche Anfrage zu formulieren.

Damit stelle ich fest, dass wir den Tagesordnungspunkt 25 absolviert haben. Wir haben damit die Berichte unter TOP 25 a und b sowie das Schreiben unter TOP 25 c zur Kenntnis genommen. – Ich bedanke mich bei den Gästen! – Herr Goiny noch einmal dazu? – Bitte sehr, Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Ich dachte, der Folgebericht wird vom Vorsitzenden noch mit aufgenommen. Ich würde den zu dem anderen BVG-Bericht zu Juni terminieren wollen.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Das nehmen wir so zu den Akten. Der Staatssekretär signalisiert Zustimmung, dann haben wir das so festgehalten. – Herzlichen Dank, Herr Goiny!